Beschluss

Abbau von Arbeiter:innenrechten stoppen!

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	19.08.2026
Tagesordnungspunkt:	6 Antragsberatung

Antragstext

„Der kranke Mann Europas" – so schallt es durch die Zeitungen, sobald sich in diesem Land jemand mit der wirtschaftlichen Entwicklung befasst. Und der Befund ist nicht aus der Luft gegriffen. Die deutsche Wirtschaftsleistung schrumpfte 2023 um 0,3 Prozent, 2024 um weitere 0,2 Prozent, 2025 lag sie kaum über der Nulllinie. Für 2026 hat der BDI seine Wachstumsprognose im Juni auf 0,4 Prozent gesenkt. Vier Jahre Stillstand. Die Arbeitslosigkeit steigt das dritte Jahr in Folge und verharrt bei rund drei Millionen. Seit 2019 sind etwa 400.000 Industriearbeitsplätze verschwunden.

Gleichzeitig bewegen sich die Preise für alles, was Arbeiter:innen zum Leben brauchen, munter nach oben. Die Reallöhne sind 2025 zwar um 1,9 Prozent gestiegen, aber erst damit nähern sie sich wieder dem Niveau von 2019 an. Sechs Jahre Arbeit, sechs Jahre Tarifrunden, und unter dem Strich stehen wir dort, wo wir vor der Pandemie schon einmal standen.

Wir teilen also die Diagnose: Es läuft etwas grundlegend schief. Wir teilen ausdrücklich nicht die Therapie, die daraus mehrheitlich abgeleitet wird. Denn die Erzählung von Arbeitgeberverbänden, der Union und aus dem Kanzleramt lautet: Deutschland ist zu teuer, zu reguliert, zu bequem geworden. Wer länger arbeitet, weniger verdient und weniger Rechte hat, rettet den Standort.

Das ist ökonomisch falsch und politisch gefährlich. Denn die deutsche Wirtschaft leidet nicht an zu hohen Löhnen, sondern an einem Investitionsstreik.

Die Bruttoanlageinvestitionen lagen im ersten Halbjahr 2025 um 1,7 Prozent unter dem Vorjahr; das Investitionsniveau liegt rund elf Prozent unter dem von 2019. Besonders dramatisch ist die Lage bei Investitionen in Maschinen, Anlagen und Fahrzeugen, alldem, was darüber entscheidet, ob hier in zwanzig Jahren noch produziert wird. Sie brachen 2024 um rund sechs Prozent ein und sanken 2025 erneut. Die Bauinvestitionen gehen das fünfte Jahr in Folge zurück.

Nach Auswertungen von Daten des Bundeswirtschaftsministeriums und des Statistischen Bundesamtes war die Nettoinvestitionsquote 2025 erstmals seit 1990 negativ (rund −0,23 Prozent). Das heißt im Klartext: Deutschland investiert weniger, als es verschleißt. Der Kapitalstock dieses Landes schrumpft. Wir fahren auf Verschleiß, dabei ist das benötigte Geld vorhanden. Es fließt nur woanders hin, oder gar nicht.

Während die Investitionen einbrechen, wird in Deutschland weiter gespart, als gäbe es kein Morgen. Doch das ist mitunter verständlich, denn für viele Menschen

ist völlig unklar, ob es ein Morgen gibt, in dem der eigene Arbeitsplatz noch existiert.

Die Sparquote der privaten Haushalte lag 2024 bei 11,2 Prozent, im ersten Halbjahr 2025 bei 10,3 Prozent und damit weiter über dem langjährigen Durchschnitt. Das private Geldvermögen ist 2025 auf rund zehn Billionen Euro angewachsen. Über 40 Prozent davon liegen auf Girokonten, Tagesgeld, Sparbüchern, wo sie real an Wert verlieren und volkswirtschaftlich fast nichts bewirken.

Die Stimmungsindikatoren zeigen dasselbe Bild. Das Konsumklima lag im August 2026 bei −29,6 Punkten und damit seit Monaten in einem engen Band um die Marke von minus 29. Die Sparneigung ist zuletzt weiter gestiegen, die Einkommenserwartung gesunken. Im Februar 2026 erreichte die Sparneigung ihren höchsten Wert seit der Finanzkrise 2008.

Menschen, die um ihren Job fürchten, kaufen kein neues Auto und keine neue Küche. Das ist ein individuell rationales Verhalten. Die daraus wachsenden Folgen sind jedoch verheerend.

Nun kommt an dieser Stelle regelmäßig das Argument der Abwanderung. Und ja: Rund 20 Prozent aller Unternehmen beschäftigen sich mit der Verlagerung von Investitionen oder Produktionskapazitäten ins Ausland oder haben sie bereits umgesetzt, in der Industrie sind es sogar etwa 40 Prozent, bei großen Unternehmen rund 60 Prozent. Rund ein Drittel der Unternehmen verschiebt Investitionen in die eigenen Kernprozesse, jedes vierte Investitionen in den Klimaschutz.

Diese Zahlen werden uns als Beweis vorgehalten, dass Deutschland zu teuer sei. Wir lesen sie anders.

Ein Unternehmen, das seine Kernprozesse zehn Jahre lang nicht modernisiert hat, weil es Gewinne lieber ausgeschüttet als reinvestiert hat, steht irgendwann mit veralteten Anlagen und schlechter Kostenstruktur da. Dann ist der Neubau im Ausland tatsächlich billiger als die Sanierung im Inland. Die Verlagerung von heute ist die Quittung für die unterlassenen Investitionen von gestern und auch für die unterlassenen öffentlichen Investitionen in Netze, Schienen, Brücken und Energieinfrastruktur, für die dieselben Verbände jahrzehntelang die Schuldenbremse gefeiert haben.

Wer daraus ableitet, man müsse nun eben die Löhne und Arbeitsrechte senken, verlangt von den Beschäftigten, für ein Managementversagen und ein Politikversagen zu zahlen, an dem sie nicht beteiligt waren.

Aus alldem ergibt sich eine sich selbst verstärkende Dynamik, die niemand einzeln durchbrechen kann:

1. Unternehmen investieren nicht, weil sie keine Nachfrage erwarten.
2. Weil nicht investiert wird, fehlen Aufträge bei Zulieferern und im Bau; Stellen werden abgebaut.
3. Weil Beschäftigte um ihre Jobs fürchten, sparen sie mehr und konsumieren weniger.
4. Weil weniger konsumiert wird, erwarten die Unternehmen noch weniger Nachfrage.

5. Weil dabei der Kapitalstock schrumpft, stagniert die Produktivität, was dann wiederum als Argument für weitere Lohnzurückhaltung herhalten muss.

Volkswirtschaftlich gilt: Nicht alle können gleichzeitig sparen. Jedem Überschuss steht ein Defizit gegenüber. Wenn private Haushalte und Unternehmen zugleich sparen, muss jemand anders das Gegenkonto stellen. Das ist dann entweder der Staat oder das Ausland. Der Staat darf es wegen der Schuldenbremse nur eingeschränkt. Also übernimmt es das Ausland. Genau das ist der deutsche Leistungsbilanzüberschuss: kein Ausweis von Stärke, sondern das statistische Spiegelbild dessen, dass wir zu Hause zu wenig ausgeben.

Statt das bereits Erwirtschaftete besser zu verteilen und besser einzusetzen, wird derzeit aber der umgekehrte Weg gegangen: Die Rechte der Arbeitenden sollen beschnitten werden.

Die tägliche Höchstarbeitszeit soll durch eine wöchentliche Betrachtung ersetzt werden. Bei einer Mindestruhezeit von elf Stunden wären Arbeitstage von bis zu 13 Stunden für weite Teile möglich und vermutlich sogar Realität. Der Achtstundentag, für den unsere Bewegung über ein Jahrhundert gekämpft hat, wird zur Verhandlungsmasse einer Standortdebatte missbraucht.

Der Achtstundentag ist aber kein Relikt des Industriezeitalters. Er ist eine Schutznorm und gewinnt an Bedeutung, eben weil die Arbeit sich verändert. Die erkämpften Arbeitnehmer:innenrechte als Schutz vor kapitalistischen Auswüchsen werden wichtiger, je stärker die Verhandlungsposition der Einzelnen geschwächt ist.

Diese Schwächung ist messbar. Die Tarifbindung lag 2025 bei 49 Prozent der Beschäftigten, in Ostdeutschland bei 45 Prozent. 1998 waren es in Westdeutschland noch 75,8 Prozent. Nur noch rund ein Viertel der Betriebe ist tarifgebunden. In nicht tarifgebundenen Betrieben verdienen rund 19,8 Prozent der Beschäftigten weniger als 14 Euro pro Stunde, in tarifgebundenen sind es 5 Prozent.

Wo kein Flächentarif gilt, konkurriert der Betrieb nebenan über den Preis der Arbeit, nicht über Qualität. Wo Leiharbeit, Werkverträge und Befristungen die Belegschaft segmentieren, konkurrieren Kolleg:innen im selben Werk gegeneinander. Jede Absenkung von Standards, die als „Flexibilität" verkauft wird, verschiebt diese Konkurrenz weiter nach unten.

Dieselbe Logik wirkt auch innereuropäisch, nur mit ungleich größerem Schaden. In einer Währungsunion kann kein Mitgliedsstaat mehr abwerten. Wer seine preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbessern will, kann das nur noch über die Löhne tun. Genau das hat Deutschland in den 2000er Jahren getan, und genau dazu setzen die aktuellen „Standortdebatten" erneut an. Der Effekt ist eine reale Abwertung gegenüber den Nachbarn: Deutsche Exporte werden billiger, die der Partnerländer teurer. Deren Industrie gerät unter Druck, ihre Leistungsbilanzen rutschen ins Minus, sie verschulden sich und bekommen anschließend aus Berlin Sparauflagen diktiert.

Das ist das Exportmodell Deutschland: Es funktioniert nur, solange andere sich verschulden. Es ist keine Erfolgsgeschichte, sondern eine Beggar-thy-neighbour-Politik, die Europa als Gemeinschaft freier und gleicher Staaten geschadet hat.

Der Abbau des deutschen Überschusses durch höhere Binnennachfrage ist keine Wohltat für die Nachbarn und keine Belastung für uns – er ist unsere europäische Verpflichtung und zugleich in unserem eigenen Interesse.

Auf die Wirtschaftskrise unserer Zeit geben wir klare Antworten. Die Jusos Thüringen fordern deswegen:

1. Kein Abbau von Arbeitnehmer:innenrechten – nirgends

Die Jusos Thüringen lehnen die Ersetzung der täglichen durch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit ab. Der Achtstundentag bleibt gesetzlicher Grundsatz. Abweichungen darf es nur durch Tarifverträge geben, nicht durch Betriebsvereinbarung oder Einzelabrede.

Die Pflicht zur elektronischen, tagesaktuellen Arbeitszeiterfassung muss ohne Ausnahmen für Kleinbetriebe und ohne Einschränkung auf einzelne Betriebsgrößen eingeführt werden. Sie ist kein Tauschgut für Flexibilisierung.

Wir fordern die SPD Bundestagsfraktion dazu auf, die geplanten Aufweichungen von Arbeiter:innenrechten entschieden abzulehnen. Darüber hinaus fordern wir sie auf, sich für die Erleichterung des Verfahrens zur Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen einzusetzen, damit die Unternehmen über Innovationen und Verfahren konkurrieren und nicht darüber, wer am meisten die Löhne drücken kann.

2. Ein deutsches Livret A: das Zukunftssparbuch

Wir fordern die SPD Thüringen, sowie die Thüringer SPD-Bundestagsabgeordenten und SPD Bundesminister:innen auf, sich für die Einführung eines freiwilligen, staatlich garantierten und steuerfreien Zukunftssparbuchs nach dem Vorbild des französischen Livret A einzusetzen.

So soll es funktionieren:

- Jede Person kann genau ein Konto eröffnen, mit einer Einlagenobergrenze (Vorbild Frankreich: 22.950 Euro). Die Einlage ist jederzeit verfügbar, staatlich garantiert und die Zinserträge sind steuerfrei.
- Der Zinssatz soll politisch nach einer gesetzlichen Formel festgelegt werden und darf die Inflationsrate nicht dauerhaft unterschreiten. Es gibt keinen Vertrieb, keine Provisionen und keine Abschlusskosten.
- Die Einlagen sollen zu einem gesetzlich festgelegten Anteil bei einer öffentlichen Förderbank zentralisiert werden. Dies soll bei der KfW oder den Landesförderbanken passieren und dort in einem zweckgebundenen Fonds verwaltet werden.
- Dieser Fonds vergibt langfristige, zinsgünstige Kredite und das ausschließlich für einen gesetzlich abschließend definierten Verwendungskatalog: kommunaler und sozialer Wohnungsbau, Stadtwerke und Energienetze, Nahverkehr, Krankenhäuser, Bildungsinfrastruktur, kommunale Wärmeplanung sowie genossenschaftliche und ESOP-basierte Belegschaftsübernahmen.
- Über die Mittelverwendung soll jährlich öffentlich berichtet werden.

Das Zukunftssparbuch löst gleich mehrere Probleme auf einmal, ohne einen einzigen Menschen zu etwas zu zwingen. Bisher ist privates Vorsichtssparen ein reines Nachfrageleck: Geld verschwindet auf Girokonten und wird nicht investiert. Das Zukunftssparbuch verwandelt genau dieses Geld in produktive öffentliche Investitionen, ohne dass die Sparer:innen darauf verzichten müssen und ohne dass die Schuldenbremse dem entgegensteht.

Es demokratisiert die Kontrolle über hohe Geldsummen, die zusammenkommen, wenn viele Menschen sparen. Heute entscheiden Banken und Fondsgesellschaften, wohin die Ersparnisse dieses Landes fließen. Beim Zukunftssparbuch entscheidet das Parlament über einen Verwendungskatalog.

Zudem wirkt es auch im Hinblick auf die Verteilungsgerechtigkeit. Wer wenig hat, spart heute auf einem Konto mit Realzinsverlust, während Vermögende Zugang zu Kapitalmarktrenditen haben. Ein garantierter, mindestens inflationsdeckender Zins ohne Gebühren ist für kleine Sparer:innen die erste faire Anlageform seit Jahrzehnten. Und er entzieht der Finanzindustrie ein Geschäftsmodell, das seit der Riester-Rente vor allem eines produziert hat: privatisierte Gewinne.

Dabei bedeutet bei anderen Ländern inspirieren lassen auch, dass wir Fehler nicht wiederholen. In Frankreich hat der Staat begonnen, Mittel des Fonds in die Finanzierung neuer Atomkraftwerke umzulenken. Deshalb braucht es einen gesetzlich abschließenden, nicht per Verordnung erweiterbaren Verwendungskatalog und eine parlamentarische Zweckbindung. Ein Instrument, das öffentliche Investition ermöglichen soll, darf nicht zum Schattenhaushalt für alles werden, wofür sonst keine Mehrheit da ist.

Antragsbegründung

Erfolgt mündlich.